

Positionspapier des LandesElternRates Sachsen



Wir vertreten alle Eltern mit Schulkindern in Sachsen

Stand Februar 2024

Positionspapier des LandesElternRates Sachsen 2024



Wir vertreten alle Eltern mit Schulkindern in Sachsen

5 **Vorwort**

Eine gute, hochwertige Bildung für alle Kinder unabhängig von ihrem sozialen, lokalen oder kulturellen Hintergrund muss der Anspruch unseres Bildungssystems in Sachsen sein. Zentral dafür sind gerechte Bildungschancen, so dass alle Kinder Fähigkeiten erlernen können, die ihnen ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben ermöglichen.

- 10 Unser Bildungssystem steht vor großen Herausforderungen, die diese Ansprüche in Frage stellen. Massiver Personalmangel, verfallende Gebäude und mangelhafte Ausstattung, veraltete Lehr- und Lernmethoden und immer mehr Kinder mit psychischen Problemen, Schulangst und Depressionen, insbesondere nach der Corona-Pandemie. Der Anspruch eines Aufstiegs durch Bildung entspricht zunehmend nicht mehr der erlebten Realität und die enge Verbindung von sozioökonomischer
- 15 Herkunft und Bildungserfolg untergräbt die gesellschaftliche Solidarität und Stabilität.

- Für den LandesElternRat (LER) Sachsen ist die Bildungspolitik die wichtigste innenpolitische Herausforderung für die sächsische Gesellschaft. Das kommende Jahr mit den anstehenden Landtags- und Kommunalwahlen bietet die Chance, bildungspolitische Forderungen und Schwerpunkte in die öffentliche Diskussion einzubringen und Veränderungen anzustoßen. Die Herausforderungen in
- 20 unserem Bildungssystem können angegangen und gelöst werden, wenn der breite politische Wille besteht.

- Das im LandesElternRat gemeinsam erarbeitete Positionspapier soll die thematischen und inhaltlichen Grundlagen für die Arbeit der Mitglieder des LER zusammenfassen und kann darüber hinaus Orientierung für die Kreiselternräte in Sachsen bei der inhaltlichen Arbeit sein. Das Positionspapier
- 25 fasst die wesentlichen Forderungen in den Punkten (a) Gerechtigkeit im Lernen, (b) Gerechtigkeit in Stadt und Land, (c) Gerechtigkeit unter den Schulformen und (d) Zukunft der Bildungsgerechtigkeit zusammen. Die inhaltlichen Schwerpunkte und thematischen Forderungen sollen im Austausch mit den verantwortlichen Politikerinnen und Politikern aber auch im Dialog mit zivilgesellschaftlichen Gruppen und im Diskurs mit den Eltern einen Rahmen geben und eine gemeinsame Linie ermöglichen.

- 30 Die im Positionspapier gebündelten Forderungen können als Ganzes aber auch als einzelne Schwerpunkte an die Lokal- oder Landespolitik gerichtet werden. Die Mitglieder des LER können für diese Positionen streiten und eine starke, gemeinsam abgestimmte Position bei sich vor Ort, aber auch in ganz Sachsen sicherstellen, damit die Bildungspolitik den ihr zustehenden wichtigen Platz in der politischen Auseinandersetzung bekommt und eine gemeinschaftliche Kraftanstrengung zur
- 35 Bewältigung der Herausforderungen in unserer Bildungslandschaft zum Wohle unserer Kinder endlich unternommen wird.

1. Gerechtigkeit im Lernen

Die Forderung nach einer gerechten Bildung für alle Schülerinnen und Schüler steht im Zentrum der Arbeit des LandesElternRates. Es muss jedoch zunächst die Frage geklärt werden, was überhaupt unter dem Begriff „gerecht“ gefasst wird. Klassisch unterscheidet man verschiedenste Ansätze von „Verteilungs-“ über „Leistungs-“, „Anerkennung-“ oder „Chancengerechtigkeit“, um nur einige zu nennen.

Im Folgenden wird der Begriff „Gerechtigkeit“ im Sinne einer Chancengerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer sozialen, lokalen oder nationalen Herkunft angewendet. Dies bedeutet im Wesentlichen, dass der gesellschaftliche Anspruch ist, den gegebenen Unterschieden zwischen Regionen (Stadt-Land), sozialen Schichten, Bezirken in einer Stadt oder auch den Unterschieden von Kind zu Kind Rechnung zu tragen, diese zu berücksichtigen und bestmöglich auszugleichen, um allen Kindern eine faire und reale Chance zum Erlernen der notwendigen Fähigkeiten für ein selbstbestimmtes, menschenwürdiges und gutes Leben zu gewähren (siehe dazu Amartya Sen „Eine Idee der Gerechtigkeit“).

Der Mangel an modern ausgebildetem Lehrpersonal, modernen Räumen und moderner Ausstattung sind zentrale Probleme unserer Dekade. Permanenter Mangel untergräbt pädagogische Arbeit, belastet die vorhandenen Lehrerinnen und Lehrer über Gebühr, nimmt jeden Spielraum für neue pädagogische Konzepte und überfordert Kinder, Lehrkräfte und Eltern. In einem Mangelsystem fehlen Spielräume für Förder- oder Forderung sowie Ressourcen für gelingende Unterstützung und Chancengerechtigkeit.

1.1. Die langfristige Bewältigung des Lehrkräftemangels

Ein Zuviel an Lehrkräften kann es in Sachsen aktuell nicht geben und wenn ab 2029, wie prognostiziert, die Kinderzahlen wirklich sinken sollten, dann schaffen mehr Lehrerinnen und Lehrer Freiräume für eine Reduzierung der Klassengrößen, für angemessene Vertretungsmöglichkeiten, für eine umfangreiche Förderung von Kindern mit Bedarf und ebenso für die Förderung von Kindern mit Begabung, ein Mehr an Inklusionsstunden für bedürftige Kinder und einfach eine Chance für pädagogischen Spielraum!

Wir fordern:

- a. **Eine kontinuierliche Aufstockung der Lehrerinnen und Lehrer an allen Schulformen.**
- b. **Eine koordinierte Anstrengung aller relevanten Ministerien bei der Neuanstellung und Ausbildung von Lehrkräften.**
- c. **Eine wissenschaftliche Evaluierung und ein Überarbeiten von Anforderungen an die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung.**
- d. **Eine praxisnähere Ausbildung, die den Anteil pädagogischer Studieninhalte gegenüber fachlichen Studieninhalten deutlich erhöht.**
- e. **Die Integrierung von inklusiven und integrativen Ausbildungsinhalten mit Basiselementen der Förderlehrerinnen- und Lehrerausbildung.**

- 75 f. Eine auf den Lehrerinnen und Lehrerberuf abgestimmte Aufnahmeprüfung in allen Fächern, die auch pädagogische Fähigkeiten und Soft Skills abrufen soll, da ein pauschaler Numerus Clausus die Anzahl der möglichen interessierten Abiturientinnen und Abiturienten limitiert.
- g. Eine leichtere und bessere Anerkennung von Vorleistungen und ausländischen Abschlüssen.
- h. Ein Angleichen der Ausbildung mit dem Ziel des längeren gemeinsamen Lernens und des Ausbaus der Gemeinschaftsschule, insbesondere für Grundschul-Lehrerinnen und -Lehrer.
- 80 i. Ein Anreizsystem für besonders benötigte Profile sowie die Zulassung von Einfachausbildungen, insbesondere in Fächern mit enormen Bedarfen wie Physik, Mathematik und anderen Naturwissenschaften.
- j. Die Einführung eines dualen Studiums für Lehrerinnen und Lehrer auf der Basis der erfolgreichen Modellversuche anderer Bundesländer.
- 85 k. Den Verzicht auf Schulschließungen, besonders im ländlichen Raum.

1.2. Die kurzfristige Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer vor Ort

90 In den vergangenen Jahren sind die Aufgaben von Lehrkräften deutlich vielfältiger geworden. Von Sozialarbeit über den TechniksUPPORT hin zur Zusatzputzkraft auf Grund fehlender Ressourcen. Hier braucht das System Schule eine Veränderung und Öffnung. Studien sprechen von bis zu einem Drittel lehrfremder Tätigkeiten durch Lehrerinnen und Lehrer. Würde diese Zeit auf die Bildung der Kinder ausgerichtet werden, wäre der Lehrkräftemangel deutlich abgemildert. Dazu braucht es aber neue Berufsbilder im Schulalltag bzw. die schnellstmögliche Ausweitung bestehender Unterstützungssysteme sowie die Öffnung des Systems Schule für andere Berufs- und Lerngruppen.

95 Wir fordern:

- 100 a. Die Aufstellung multiprofessioneller Teams in Schule durch die Einstellung von Schulassistenten, IT-Fachkräften und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, damit Lehrerinnen und Lehrer sich wieder mehr um die Bildung der Kinder kümmern können. Dies umfasst ebenso Psychologinnen und Psychologen und medizinisches (Hilfs-)Personal wie z. B. Schulkrankenschwestern und -Schulkrankenpflegern, die entweder fest an Schulen oder als Poollösung für die Schulen bereitstehen.
- b. Mehr Referendar- und FSJ-Stellen, mehr Mentoringprogramme für Berufseinsteiger.
- 105 c. Eine ergänzende Schulleitung (wie in freien Schulen oftmals praktiziert), die zusätzlich zur pädagogisch verantwortlichen Schulleitung für Verwaltung, Ausstattung, Material und Ressourcen verantwortlich ist (diese kann auch als Stelle für mehrere Schulen vorgesehen werden).
- d. Schulassistenten in allen Schulen.
- e. Professioneller, schnell verfügbarer und individualisierter TechniksUPPORT im Zuge der zunehmenden Digitalisierung.
- 110 f. Reinigungskräfte, die tagsüber unterstützend in Schulen wirken, insbesondere in Schulen mit Ganztagsangebot.

- g. Personal z. B. zur Wege- oder Schwimmbegleitung (z. B. finanziert aus Mitteln des kommunalen Länderausgleichs).
- h. Mehr außerschulische Lernorte, die den herkömmlichen Unterricht ergänzen können.
- 115 i. Die Voraussetzungen zu schaffen, um mehr Menschen aus anderen Gesellschaftsbereichen in den Schulalltag zu integrieren und die Öffnung der Schule für andere Berufsgruppen, Unternehmen, Fachleute in z. B. technischen Berufen, Musikpädagoginnen und Musikpädagogen, Sporttrainerinnen und -trainer und Künstlerinnen und Künstler.
- 120 j. Einstellung von Integrationsassistentinnen und -assistenten zur Förderung der Integration von Kindern (mehrsprachig, Kenntnisse verschiedener Kulturkreise).
- k. Weiterführen von „Aufholen nach Corona“ mind. bis 2026.
- l. Soweit möglich an weiterführenden Schulen vermehrt Lerninhalte digital und multimedial standardisiert und evaluiert zu präsentieren, so dass bei Unterrichtsausfall Selbstlerninhalte bereitstehen.
- 125 m. Erleichterung der eigentlichen Lehrtätigkeit durch z. B. Bürokratieabbau.
- n. Neu beginnenden Lehrerinnen und Lehrern oder Lehrkräften mit noch hinreichenden Arbeitsjahren (z. B. mind. 15 Jahre) die Möglichkeit zu eröffnen, Lebensarbeitszeitkonten bereitzustellen, mit denen freiwillig 2-3 zusätzliche Wochenstunden unterrichtet werden können, um später z. B. ein Sabbatjahr zu ermöglichen.

130

2. Gerechtigkeit in Stadt und Land

Die Sicherstellung einer Bildungsgerechtigkeit zwischen den Regionen in unserem Bundesland ist eine Kernaufgabe von Politik. Auf der einen Seite ziehen attraktiv erscheinende Metropolregionen
135 Arbeitsplätze, Fachkräfte und junge Leute an, nicht zuletzt da hier die Ausbildung zu z. B. Lehrkräften stattfindet. Auf der anderen Seite drohen ganze Regionen in eine Abwärtsspirale von Abwanderung und Attraktivitätsverlust zu geraten (siehe z. B. A. Reckwitz „Das Ende der Illusionen, Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne“ 2019). Gerade hier ist die Sicherstellung einer intakten und gerechten Bildungsinfrastruktur unerlässlich.

140 Unterschiede in den Herausforderungen der Bildungspolitik bedingen eine differenzierte Sicht und eine Multiplizität an Lösungsansätzen. Eine „One-fits-all“-Lösung kann es nicht geben. Während im ländlichen Raum der massive Lehrkräftemangel, lange Anfahrtswege, sinkende Schüler- und Schülerinnenzahlen sowie schließende Schulen den Diskurs bestimmen, sind in Städten zwar ebenso
145 Lehrerinnen und Lehrer knapp aber hinzu kommen hier eher überfüllte Schulklassen, soziale Brennpunkte und hoher Anteil an Kindern mit Deutsch als Zweitsprache (DaZ) vor allem in Grund- und Oberschulen.

Eine in unserem Sinne gerechte Bildungspolitik muss sich dem stellen und gute, differenzierte Konzepte erstellen, die gezielt die Herausforderungen in den jeweiligen Regionen adressieren.

150 2.1. Besondere Herausforderungen der Großstädte

In den Ballungszentren finden wir insbesondere in Grund- und Oberschule in nahezu jeder Klasse ein Kind mit einem Förderbedarf entweder im sozial-emotionalen Bereich oder im Bereich der Lern- oder Sprachförderung. Diese Bedarfe steigen kontinuierlich. In einigen Stadtbezirken haben ca. 30 % der Kinder Auffälligkeiten im sprachlichen Bereich. Eine Berücksichtigung bei z. B. der Klassenbildung und die Gewährung und Umsetzung hinreichender Inklusionsstunden sind für die Bildungsgerechtigkeit im städtischen Bereich ebenso essenziell, wie ein geeigneter Umgang mit einem hohem Migrationsanteil und/oder Problemen in sozial herausgeforderten Stadtteilen.

160 Willy Brandt prägte die berühmte Formel „Die Schule der Nation ist die Schule“. Er wollte damit zum Ausdruck bringen, dass für eine demokratische Gesellschaft urteilsfähige, eigenständige Bürgerinnen und Bürger unerlässlich sind, die Gesellschaft gestalten können und sich zugehörig fühlen. Damit dies gelingt, braucht es ganz zentral Bildung und Befähigung aber eben auch gelingende Integration von Kindern in Schulklassen und in unsere Gemeinschaft. Bei der zunehmenden Zahl an Kindern mit Migrationshintergrund stellt dies an uns die Aufgabe starke Unterstützungs- und Fördersysteme zu gewährleisten und eine breite und gute Verteilung der Lasten und Aufgaben zu ermöglichen. Keine einzelne Schule oder keine Schulform darf die Hauptlast allein tragen. Alle müssen ihren Beitrag leisten. Integration ist eine Herausforderung für Lehrerinnen und Lehrer aber auch für die Kinder selbst. Andere kulturelle Hintergründe, andere Lebenswelten, eine andere Muttersprache, neue und unbekannte Praktiken und Gewohnheiten stellen alle Beteiligten vor immense Aufgaben. Es braucht zielgerichtete Förder- und Stützstrukturen, Hilfestellungen und eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung von Schule, Eltern und Kindern.

Wir fordern:

- 175 a. **Sicherzustellen, dass mittelfristig keine Schule einen zu hohen Anteil von Kindern mit mangelnden Deutschkenntnissen hat (maximal 30 %), um allen Kindern, insbesondere mit Kriegs- und Fluchterfahrung, ein gutes Lernen zu ermöglichen. Dazu benötigen wir Instrumente wie dezentrale DaZ-Klassen oder auch Neuzuschnitte der Schulbezirke bzw. der Zuweisung von Schülerinnen und Schülern.**
- b. **Die Absenkung des Klassenteilers für die 1. und 5. Klasse von 28 auf 22 für alle Schulen.**
- c. **Die Anhebung der Indexierung diagnostizierter Förderbedarfe zur Klassenbildungsverordnung.**
- 180 d. **Den Ausbau der Inklusionsstunden und die bedarfsgebundene Einsetzung.**
- e. **Den Ausbau von insbesondere logopädischer Förderung bereits im KiTa-Alter aus Mitteln des Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt**
- f. **Deutlich stärkere Anstrengungen zur Ausstattung der Schulen mit DaZ-Lehrerinnen und Lehrern und eine bessere Begleitung und Unterstützung von Kindern mit Migrationshintergrund.**
- 185 g. **Mittel und Maßnahmen, damit Kinder an Schulen die von ihnen erlebte Geschlechtsidentität ausleben können. Wir fordern eine Rücknahme des Verbots des Gender* in Sachsen an Schulen und in der Verwaltung.**

- 190 h. **Nicht nur bei Kindern mit Inklusionsstatus, sondern auch bei sonstigen sozialpädagogischen Bedarfen den Klassenteiler zu verkleinern.**
- 195 i. **Bei der Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Handicap sind Ärztinnen und Ärzte und betreffende Therapeutinnen und Therapeuten zur Beschleunigung des Feststellungsverfahrens einzubinden, um ggf. spezielle Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen und Hilfsstellungen zu geben. Derartige Verfahren sind innerhalb von 6 Monaten abzuschließen.**

2.2. Besondere Herausforderungen im ländlichen Raum

200 Die Attraktivität des ländlichen Raumes muss erhöht werden. Es darf sich das Bild von fehlender Infrastruktur, den notwendig höheren Mobilitätsbedarfen bei gleichzeitig sinkendem öffentlichem Angebot, Mangel an Arbeitsplätzen und Perspektiven nicht verfestigen. Umso wichtiger sind ortsnahe Bildungsangebote als Kerninfrastruktur im ländlichen Raum. Somit kann Lebenszeit nicht im Schulbus, sondern mit Freunden beim Spielen verbracht werden. Eine in den öffentlichen Raum geöffnete Schule im ländlichen Raum kann mit modernen Schulkonzepten ein Attraktivitätskern für eine Region sein.

Wir fordern:

- 205 a. **Eine Ausweitung der Ausbildungsorte für das Lehramtsstudium im ländlichen Raum und in kleinere Städte Sachsens damit die Ausbildung sich den Lebensrealitäten in Sachsen stellen und langfristig den Bedürfnissen der Schulen im Freistaat Sachsen angepasst werden kann.**
- 210 b. **Attraktive Angebote für Referendarinnen und Referendare, FSJlerinnen und FSJler und Neueinsteiger im ländlichen Raum zu schaffen wie z. B. Doppeltes Gehalt für das Referendariat.**
- c. **Finanzierung und Mentoring für Modellschulen im ländlichen Raum mit evaluierten, modernen und zukunftsorientierten Konzepten.**
- d. **Förderangebote bereits im Studium für den ländlichen Raum (analog Landarztmodelle).**
- 215 e. **Unterstützungs- und Lockangebote für Lehrerinnen und Lehrer wie z. B. zinslose Darlehen der Landesbank, Willkommensgeld, Elektrodienswagen.**
- f. **Die Beachtung sprachlicher Besonderheiten und Partnerschaften mit Regionen in den Nachbarländern zur Wahrung und Schaffung kultureller Verbindungen durch Förderung der sorbischen Sprache, des Tschechischen und des Polnischen in den jeweiligen Regionen.**
- g. **Den Verzicht auf Schulschließungen, besonders auch im ländlichen Raum.**

220

3. Gerechtigkeit unter den Schulformen

225 Anhand der Gerechtigkeitsüberlegung unter den Schulformen wird die Schwierigkeit der Betrachtung greifbar. Jede Schulform kann für sich eine der möglichen klassischen Gerechtigkeitsperspektiven in Anspruch nehmen. Während die Gymnasien unter dem Aspekt der Leistungsgerechtigkeit für eine Vorrangstellung argumentieren könnten, würden Oberschulen eher unter dem Stichwort

Anerkennungsgerechtigkeit eine Anerkennung der individuellen Fähigkeiten jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers einfordern. Für Schulen in freier Trägerschaft wäre mit einer Verteilungsgerechtigkeit im Sinne „allen Schulen die gleichen Ressourcen“ bereits ein Fortschritt zum Status Quo in einigen Bereichen erreicht. Erschwert wird die Betrachtung dann zusätzlich durch eine Heterogenität der Schulen bereits in den einzelnen Schulformen untereinander.

Argumentiert man im hier definierten Sinne mit einer Chancengerechtigkeit, wird wiederum die Notwendigkeit einer schulform- oder gar schulspezifischen Betrachtung offensichtlich. Während beispielsweise im Vergleich in Gymnasien die Ausstattung an materiellen und personellen Ressourcen eher besser als in allen anderen Schulformen ist, sind z. B. psychosoziale Herausforderungen wie Leistungsdruck und Schulangst lange Zeit kaum berücksichtigt worden. Im Gegensatz dazu haben z. B. Oberschulen in der Regel eine Schulsozialarbeiterin bzw. einen Schulsozialarbeiter, sind aber im Hinblick auf insbesondere ihre personelle Ausstattung aktuell eher benachteiligt und dies, obwohl die Schülerinnen und Schüler gegebenenfalls einen höheren Unterstützungsbedarf haben, also eine Besserstellung aus dem Blickwinkel der Chancengerechtigkeit gefordert wäre. Nochmal massiver wird diese Schieflage, wenn man z. B. Grund- oder Oberschulen in sozialen Brennpunkten betrachtet, wo eine massive Förderung und Unterstützung unerlässlich ist für ein Einlösen einer Chancengerechtigkeit.

Im Gegensatz zur Integration in eine bestehende Gruppe sind bei der Inklusion die Heterogenität und Vielfalt der Gruppe als grundlegend gesetzt. Mit gelingender Inklusion in allen Schulformen ist der Anspruch verbunden, die Rahmenbedingungen derart zu gewährleisten, dass jede Schülerin und jeder Schüler gemäß ihren Fähigkeiten und Talenten am Unterricht und am Schulalltag teilnehmen können. Dies erfordert Hilfesysteme, zusätzliches Personal, Inklusionsstunden, die auch stattfinden und Fördermöglichkeiten aber auch bauliche und strukturelle Rahmenbedingungen an allen Schulen, die sichergestellt sein müssen.

250 3.1. Unsere Ziele für alle Schulformen

Neben Gerechtigkeitsfragen zwischen den Schulformen im Sinne einer „Gleichstellung“ oder „Chancengerechtigkeit“ bedarf es eines ergänzenden Diskurses ganz im Sinne „Es kommt darauf an, ob Kinder eine gute Schulbildung bekommen und nicht, wie die Schulbildung im Vergleich zu anderen ist“ um einen Satz des Philosophen Harry Frankfurt zu paraphrasieren (H. Frankfurt, „Gleichheit und Achtung“; Im Original lautet der Satz: „Es kommt darauf an, ob Menschen ein gutes Leben führen können, und nicht, wie deren Leben zu dem Leben anderer steht.“). Daraus folgt, dass es Ansprüche an alle Schulformen in gleichem Maße gibt.

Wir fordern:

- 260 a. **Eine Erhöhung der Bildungsausgaben kumuliert aus Bund, Land und Kommune auf 6% des Bruttoinlandsprodukts und ein durch Bundesmittel gefördertes Schulbau- und Sanierungsprogramm analog des Digitalpaktes.**
- 265 b. **Die Deckelung der Mittagessenspreise auf EUR 3,00 und Unterstützung des Preises durch Landesmittel für alle Schülerinnen und Schüler; um eine gesunde, nährstoffreiche und nachhaltige Mahlzeit am Tag für alle Kinder unabhängig vom sozialen Hintergrund zu gewährleisten. Das Schulesse als Angebot der Daseinsvorsorge ist mit dem ermäßigten Steuersatz von 7% zu versehen.**

- 270 c. Förderung von Alternativen wie „Selberkochen“ an Schule und ein kritisches Hinterfragen der Gewinnerorientierung von Essensanbietern sowie eine bessere Sicherung von Qualitätsansprüchen an das Essen. Gegebenenfalls können hier kommunale Eigenbetriebe unabhängiger vom Preis- und Gewinndruck anders agieren.
- d. Eine bessere personelle und materielle Unterstützung von Inklusion, eine Weiterbildungsoffensive für Lehrkräfte und das zweckgebundene Nutzen der Inklusionsstunden.
- 275 e. Mindestens eine Lehrkraft mit förderpädagogischer Ausbildung in jeder Schule als Multiplikator, Vermittler und Unterstützer für alle Lehrerinnen und Lehrer mit Freistunden für Weiterbildung und Mentoring oder mindestens Poollösungen von Lehrkräften mit förderpädagogischer Ausbildung.
- 280 f. Schulsozialarbeit an ALLEN Schulformen ins Schulgesetz sowie den kontinuierlichen und planungssicheren Ausbau der Sozialarbeitsstellen, bis das Ziel erreicht ist mit Mitteln des Landes.
- g. Eine Weiterbildungsinitiative für alle Lehrerinnen und Lehrer zur Stärkung von Kompetenzen wie Mobbing-, Gewaltprävention und gewaltfreier Kommunikation.
- h. Eine Stärkung und Unterstützung von Schüler- und Elternbeteiligung an Schule, Mitbestimmung, Feedbackkultur und den Ausbau demokratischer Lehr- und Lernformen.
- 285 i. Den verpflichtenden Einsatz von objektiven, wissenschaftlich begleiteten Kontroll- und Evaluationswerkzeugen, um die Umsetzung und den Erfolg der vom Ministerium angewiesenen Maßnahmen vor Ort zu bewerten und eine schnelle, zielgerichtete Verbesserung oder Korrektur von Fehlentwicklungen direkt in den Schulen vom zuständigen Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB) einschätzen und bewerten zu können.
- 290 j. Eine Initiative zur Stärkung der psychischen Gesundheit von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrer und proaktive Angebote an allen Schulen für Lehrkräfte sowie niederschwellige Angebote zur Erhaltung der psychischen Gesundheit und wenn notwendig Diagnostikangebote.
- 295 k. Eine obligatorische, flächendeckende Qualitätssicherung von Unterricht durch den Einsatz positiv orientierter und wertschätzender Evaluationsinstrumente sowie die Einbindung bereits entwickelter Evaluationswerkzeuge und Unterstützung bei der Umsetzung in den Klassen.
- l. Eine bessere personelle und materielle Unterstützung von Inklusion an allen Schulformen und ein Erhalt der Förderschulen bei den gegenwärtig schlechten Inklusionsbedingungen.
- 300 m. Absenkung der Klassenobergrenze auf max. 22. Die Vorschriften der Inklusionsverordnung findet in allen Klassenstufen Anwendung und ist nicht auf neugebildete Klassen zu beschränken.

305 Die Anweisung zum Förderschulbesuch ist seit 2019 nicht mehr gegeben, dennoch sind Förderschulen voll und können den Bedarf nicht decken. Aktuell werden Inklusionsstunden oftmals nicht für Förderung der bedürftigen Kinder, sondern für Abdeckung von Regelunterricht genutzt. Dies diskriminiert die Bedürftigen und untergräbt die Akzeptanz der Inklusion. Lehrerinnen und Lehrer in Regelschulen sind oftmals überfordert. Es fehlt an Weiterbildungen, Unterstützung und Kenntnissen. Die Anzahl an Inklusionskindern steigt von Jahr zu Jahr, insbesondere in Grund- und Oberschulen. An

Oberschulen beobachten wir Lernunlust und vermehrt Schulabbrüche. Die Kinder mit Förderbedarf werden als lernunwillig und verhaltensauffällig stigmatisiert. Die Inklusion als gute und positive Initiative ist durch verstetigten Mangel, strukturelle Unzulänglichkeiten und Fehler zum Scheitern verurteilt, verliert jeden Rückhalt bei Eltern und wird dem eigenen Anspruch in keiner Weise gerecht.

Wir fordern deshalb:

- n. **Den Erhalt und die Stärkung der Förderschulen, solange Inklusion ist, wie sie ist.**
- o. **Verpflichtende Fort- und Weiterbildungen für Lehrerinnen und Lehrer im Bereich Inklusion.**
- p. **Bessere Integration inklusiver Themen in die Lehramtsausbildung. Jede Lehrkraft sollte geschult sein zu wissen, an wen sie sich gezielt wenden kann, damit ein Förderantrag gestellt werden kann und welche Ressourcen notwendig sind.**

3.2. Unsere Ziele im Grundschulbereich

Folgt man dem Bildungsforscher Aladin El-Mafaalani, ist die Grundschule die wichtigste und unterstützungsbedürftigste Schulform. Hier sollten ausgezeichnete Lehrkräfte mit ausreichenden Ressourcen die Grundlage für alle weiteren Schulformen legen können. Jede hier investierte Kraft zahlt sich im weiteren Bildungsweg aus und reduziert die dort anfallenden Aufwendungen an Unterstützungs- und Korrekturmaßnahmen. Die Grundschule spielt deshalb für die Chancengerechtigkeit in der Bildungspolitik eine zentrale Rolle, in dem sie alle Kinder abholt, wo sie sind, und im Idealfall fördert, fordert und unterstützt, wo sie es brauchen.

Wir fordern:

- a. **Eine ausgezeichnete personelle und materielle Ausstattung sowie eine stärkere und angemessene Förderung der Primärbildung als wichtige Grundsteinlegung in der Kindesentwicklung.**
- b. **Zielgenaue und umfangreiche Förderprogramme im Grundschulbereich zum Ausgleich von sozialen und strukturellen Bildungsunterschieden wie z. B. den Ausbau von insbesondere logopädischer Förderung bereits im KiTa-Alter aus Mitteln des Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt.**
- c. **Den Ausbau der Inklusionsstunden und die bedarfsgebundene Einsetzung.**
- d. **Die Möglichkeit GTA-Angebote besser zu honorieren, um Stütz-, Förder- und Nachhilfeangebote flächendeckend zu ermöglichen.**
- e. **Die Absenkung des Klassenteilers für die 1. Klasse von 28 auf 22 sowie die Anhebung der Indexierung diagnostizierter Förderbedarfe zur Klassenbildungsverordnung.**

3.3. Unsere Ziele im Oberschulbereich / Oberschule+

Die Oberschulen in Sachsen stehen vor enormen Herausforderungen. Zunehmende soziale Verwerfungen, das Entstehen von sozialen Brennpunkten, die ideelle Abwertung der Oberschule im mehrgliedrigen Schulsystem und die Herausforderungen der Migration wirken sich überproportional stark an Oberschulen aus. Die politischen Maßnahmen gegen COVID-19 haben zu einem zusätzlichen

Aufklappen der Schere in der Bildung geführt. Kinder aus Haushalten mit geringerer Bildungsunterstützung, mit Schwierigkeiten in der Schule bzw. mit Förderbedarf haben deutlich stärker unter den Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung der Pandemie gelitten als Kinder in wohlhabenden Haushalten. Deutschland ist eines der Länder weltweit, welches am wenigsten in der Lage ist, die Verbindung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg abzumildern.

Die Aufgabe einer jeden Regierung ist es, im Sinne einer Weiterentwicklung unserer Gesellschaft die Bildungspolitik so zu gestalten, dass

- i) alle Kinder die gleiche Chance auf Bildung haben und die gleiche Wertschätzung durch unsere Gesellschaft erfahren,
- ii) Schwächere gezielt gestärkt werden und jeder mit seinen Fähigkeiten bestmöglich an unserer Gesellschaft teilhaben kann und
- iii) alle Unternehmen, vom Einzelunternehmen bis zum Konzern, vom Handwerk über den Handel über die Pflege bis zur Industrie die Chance haben, gutes und passendes Personal für eine gute wirtschaftliche Entwicklung vorzufinden.

Wir fordern:

- a. **Eine Initiative zur Stärkung der Oberschulen sowie eine materielle und personelle Aufstockung von Oberschulen.**
- b. **Den Ausbau praxisorientierter Unterrichtsformen wie „praktisches Lernen“, eine Öffnung der Praktikumsregelungen hinsichtlich Anzahl, Dauer und Verbindlichkeit für alle Schülerinnen und Schüler in jedem Bildungsgang und individuelle Gestaltungsmöglichkeiten.**
- c. **Die Zielstellung „Jedes Kind ein Abschluss“ konsequent anzugehen, die Stärkung von Projekten zur Reduzierung von Schulabbrecherinnen und Schulabbrechern, die pädagogische Förderung in Kleingruppen und eine individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler auch an den Oberschulen.**
- d. **Eine Förderung und Übertragung evaluierter und funktionierender Modellschulkonzepte.**
- e. **Mehr Durchlässigkeit in allen Klassenstufen und mehr Maßnahmen, damit lernstarke Oberschülerinnen und Oberschüler an Gymnasien wechseln können.**
- f. **Studienperspektiven als fester Bestandteil der Berufsorientierung ab Klasse 8.**
- g. **Ausbau multiprofessioneller Teams mit besonderem Schwerpunkt für psychische und seelische Belastungen bei Oberschülerinnen und Oberschüler (Erkennen von Vernachlässigung, häuslicher Gewalt, Depression etc.).**

3.4. Unsere Ziele im Gymnasialbereich

Die Ergebnisse der Abiturientinnen und Abiturienten aus Sachsen sind seit Jahren im bundesdeutschen Ländervergleich unter den Besten zu finden. Dies ist sicherlich ein positives Zeichen für die Qualität der Lehrkräfte in unseren Gymnasien, unterstreicht aber auch, was bildungspolitisch Priorität besitzt und eben auch möglich ist. Es sollte im Sinne der Chancengerechtigkeit der Anspruch sein, dass gute Ausbildungsniveau im Gymnasium zu halten, andere Schulformen vergleichbar zu fördern und gerade

wegen der Erfolge den Blick zu weiten auf die Probleme und Herausforderungen auch in der Schulform
Gymnasium. Der Schwerpunkt liegt hier neben dem allgegenwärtigen Personalmangel und damit
verbundenen Ausfallstunden vielleicht verstärkt auf psychosozialen Belastungen, Schulstress, Druck
und Versagensängsten der Schülerinnen und Schüler. Gerade die Auswirkungen eines meritokratischen
390 Leistungssystems werden diskutiert (siehe M. J. Sandel „Vom Ende des Gemeinwohls“) und Rufe nach
anderen, zeitgemäßen Lehr- und Lernformen kommen verstärkt auf. Vieles, was im gymnasialen
Kontext diskutiert wird, findet sich unter dem letzten Schwerpunkt „Zukunft der Bildungsgerechtigkeit“
und wird hier nicht extra benannt.

Wir fordern:

- 395 **a. Schulsozialarbeit auch am Gymnasium.**
- b. Initiativen zur Stärkung der psychischen Gesundheit von Schülerinnen und Schülern durch
niederschwellige psychologische Angebote, Prävention und Sensibilisierung.**
- c. "Pupil-Welfare-Teams" an Schulen zur Früherkennung und Diagnose psychischer Probleme.**
- 400 **d. Ausbau von demokratischen Lehr- und Lernformen sowie Lehrmodellen wie
Diskutierunterricht, Begleitung und Förderung von Praktika im Ehrenamtsbereich und die
Anstellung von Demokratieassistentinnen und -assistenten an Schulen zur pädagogischen
und organisatorischen Begleitung.**
- e. Bessere Berücksichtigung und Umsetzung der Ziele für Bildung und nachhaltige Entwicklung
(BNE).**
- 405 **f. Selbständige, projektorientierte und fächerverbindende Lernformen.**

3.5. Unsere Ziele im Gemeinschaftsschulbereich

Das deutsche und auch das sächsische Schulsystem beruht in seinen Grundstrukturen noch auf der
Kaiserzeit und wird immer wieder von der OSZE gemahnt, aktiv etwas gegen den Zusammenhang von
410 Bildungsabschluss und sozialer Herkunft bzw. sozialem Habitus zu unternehmen. Nahezu alle
entwickelten Länder haben eine Gesamtschule ohne frühe Aufspaltung, Selektierung und damit eng
verbundener Abwertung von „nicht“-Gymnasialentwicklungen (siehe z. B.
[https://www.ifo.de/pressemitteilung/2023-04-18/chancenmonitor-2023-bildungschancen-haengen-
stark-vom-elternhaus-ab](https://www.ifo.de/pressemitteilung/2023-04-18/chancenmonitor-2023-bildungschancen-haengen-stark-vom-elternhaus-ab)).

415 Wir fordern:

- a. Den deutlichen Ausbau der Gemeinschaftsschulen in Größenordnung von min. 20% der
Schülerinnen- und Schülerzahlen mit dem Ziel einer echten Entscheidungsalternative zum
aktuellen mehrgliedrigen Schulsystem.**
- b. Eine Förderung und Ausbau von vorhandenen Gemeinschaftsschulen.**
- 420 **c. Den Ausbau der zum Betrieb einer Gemeinschaftsschule notwendigen Strukturen
(Lehrpläne, Lehrerinnen- und Lehrerausbildung, Schulbauten etc.)**

- d. **Einen breiten öffentlichen Diskurs und eine Aufklärung über die Für und Wider von Gemeinschaftsschulen, um Eltern und Schülerinnen und Schüler einzubinden und mitzunehmen.**

425

3.6. Unsere Ziele im Förderschulbereich

Die Inklusion von Kindern mit Handicap an Regelschulen ist unser gemeinsames Ziel. Wir sehen auch die steten Bemühungen der Lehrkräfte, eine gelingende Inklusion zu realisieren. Gleichzeitig haben wir Bedingungen, unter denen eine gute Inklusion nicht umgesetzt werden kann. Personalmangel, Inklusionsstunden, die oftmals nicht für Förderung der bedürftigen Kinder, sondern für Abdeckung von Regelunterricht genutzt werden, Ausfallstunden, die Bedürftige deutlich stärker belasten und fehlende Kompetenzen bei Lehrkräften im Umgang mit Förderbedarfen. Es fehlt an Weiterbildungen, Unterstützung und Kenntnissen. Die Anzahl an Inklusionskindern steigt von Jahr zu Jahr insbesondere in Grund- und Oberschulen. Diese strukturellen Unzulänglichkeiten lassen Anstrengungen zur Inklusion scheitern, so dass die Inklusionsidee als Ganzes jeden Rückhalt bei Eltern zu verlieren droht und dem eigenen Anspruch in keiner Weise gerecht wird.

430
435

Wir fordern:

- a. **Den Erhalt und die Stärkung der Förderschulen so lange Inklusion personell, materiell und ideell an Regelschulen nicht deutlich besser ausgestattet wird.**
- b. **Integration inklusiver Themen in die Lehrkräfteausbildung; jede Lehrkraft muss wissen, wie ein Förderantrag gestellt wird, wie man über ein Fördergutachten zu einem Förderplan kommt und welche pädagogischen Werkzeuge ausprobiert werden können.**
- c. **Behindertengerechte Räume und Platz für individuellen Rückzug.**
- d. **Gezielte Förderung von Angeboten, die auf die Bedürfnisse und Schranken inklusiver Schülerinnen und Schüler eingehen sowie außerschulische Angebote (Hort- / Ferienbetreuung, GTA, Schulfeste, Ausflüge).**
- e. **Ein überarbeitetes Personalentwicklungskonzept mit multiprofessioneller, pädagogischer Grundausstattung für Förderschulen, orientiert an der Zahl aller Schülerinnen und Schüler der Schule, modifiziert nach sozialen Mess- und Erfahrungswerten und tatsächlichen Erfordernissen.**
- f. **Die Möglichkeit, dass inklusiv arbeitende Schulen Diagnostik- und Inklusionskonzepte selber erstellen, um sonderpädagogische Kompetenzen an Förderschulen nicht unnötig zu belasten.**
- g. **Dass alle Schulen, die inklusiv beschulen, eigenes förderpädagogisch ausgebildetes Personal bereitgestellt bekommen.**
- h. **Anerkennung nicht-schulischer Früh- und Förderdiagnostikstellen und Festlegen von Diagnostikzielen und Techniken.**
- i. **Differenzierte Lehrpläne mit Zielvorgaben pro Klassenstufe und fächer- und lehrgangsübergreifende Unterrichtung sowie Klärung des Lerntempos für die Klasse und das (die) Inklusionskind(er).**

440
445
450
455

460

- 465
- j. Definition von Grundfertigkeiten in allen Förderschularten und Ableitung in die Inklusionsvorschriften.**
 - k. Proaktive Unterstützung und Förderung von Elternmitwirkung an Förderschulen bspw. durch die Bereitstellung entsprechender Informationsmaterialien in leichter Sprache und anderer Medien bzw. Angebote, um Barrierefreiheit zu gewährleisten.**

3.7. Unsere Ziele im Berufsschulbereich

470 Das Berufsschulsystem in Deutschland ist ein international anerkanntes und oftmals kopiertes Instrument, um Schülerinnen und Schüler eine chancengerechte und gute Ausbildung zu ermöglichen. Aber auch diese Schulform leidet an der überall vorhandenen Mangelsituation beim Personal. Es hat sich gezeigt, dass die Konzentration der Berufsschulen an wenigen Standorten sich nicht positiv auf die Situation der Auszubildenden und der Lehrbetriebe ausgewirkt hat. Bisher sind sehr viele negative Berichte hörbar, bedingt durch Neuaufbau von Berufsbildern an anderen Standorten, längeren Reisewegen für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler und vieles andere mehr.

475 Wir fordern:

- a. Stoppt den Abbau von Berufsbildern an Berufsschulen.**
 - b. Stoppt die Konzentration von Berufsbildern an wenigen oder einzelnen Standorten.**
 - c. Eine stärkere Einbindung von Fachleuten als Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger im Berufsschulbereich mit ausreichender Entlohnung und sozial gerechten Leistungen auf Lehrkraftniveau um Attraktivität zu schaffen.**
 - d. Eine Erarbeitung von einheitlichen Grundsätzen an die sich jedes Bundesland hält.**
 - e. Faire Finanzierungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler ohne finanzielle Unterstützung von zu Hause.**
- 480

485 3.8. Unsere Ziele für Schulen in freier Trägerschaft (SifT)

Schulen in freier Trägerschaft sind ein Gewinn für unser Bildungssystem. Sie stellen Alternativen bereit, garantieren Vielfalt und können Vorbild sein für andere, progressivere Bildungsmodelle. Die Schulen in freier Trägerschaft müssen als vollwertige Mitglieder der Bildungslandschaft eingebunden und berücksichtigt werden. Die Wahlmöglichkeiten von Eltern müssen gefördert und unterstützt werden.

490

Wir fordern:

- a. Die Anpassung des Gesetzes über die Schulen in freier Trägerschaft derart, dass die Elternmitwirkungsverordnung des Schulgesetzes analog gilt.**
 - b. Einbeziehung und Berücksichtigung von SifT bei Infrastruktur- und Ausstattungsausgaben.**
 - c. Dialog zwischen Schulen in freier Trägerschaft und staatlichen Schulen über alle Ebenen hinweg.**
- 495

4. Zukunft der Bildungsgerechtigkeit

500 Unser Bildungssystem steht vor großen Herausforderungen. Ein im internationalen Vergleich hoher Anteil an Schülerinnen und Schülern erreicht keine grundlegenden Fähigkeiten (z. B. Studie des ifo Instituts „Global Universal Basic Skills: Current Deficits and Implications for World Development“ Oktober 2022), mangelhafte Leseleistungen werden bescheinigt (z. B. IGLU-Studie 2023) und seit Jahren wird die zu starke Verknüpfung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg kritisiert. Schülerinnen
505 und Schüler beschreiben Leistungsdruck, unsinnige Lehrformate und nicht mehr zeitgemäße Unterrichtsformate. Alternativen werden vorgeschlagen, doch statt Tempo bei Transformationen, bewegt sich die Bildungspolitik der Kultusministerkonferenz eher mit der Geschwindigkeit der Plattentektonik. Alles in allem brauchen wir deutlich mehr Mut, um neue Ideen auszuprobieren, umzusetzen und die Bereitschaft gelingende Konzepte an Schule flächendeckend zu unterstützen. Die
510 obersten Ziele im Schulgesetz lauten:

„Der Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule wird bestimmt durch das Recht eines jeden jungen Menschen auf eine seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Erziehung und Bildung ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage.“

515 *„Die schulische Bildung soll zur Entfaltung der Persönlichkeit der Schüler in der Gemeinschaft beitragen. Diesen Auftrag erfüllt die Schule, indem sie Kenntnisse, Fähigkeiten und Werthaltungen vermittelt, um so die Erziehungs- und Bildungsziele zu erreichen und Freude am Lernen zu wecken.“*

Diese wohlklingenden Worte bedürfen einer praktischen Untermauerung und Umsetzung in der Breite zur Überwindung des Widerspruchs zwischen Theorie und Praxis.

4.1. So gelingt ein gerechtes Bildungswesen

520 Das deutsche Schulsystem ist in seinen Grundstrukturen aus der Kaiserzeit und diskriminiert systematisch nach Herkunft und sozialem Habitus. Im Sinne der Chancengerechtigkeit muss die Kernaufgabe des Bildungssystems jedoch eine kompensatorische und ausgleichende Funktion sein. Das Gymnasium als Schulform wird in Deutschland herausgehoben finanziert und gefördert (siehe z. B. T. Piketty „Kapital und Ideologie“). Studien zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit einer
525 Gymnasialempfehlung bei identischen Leistungen wie Lesekompetenz und kognitiven Fähigkeiten bei Kindern aus bildungsnahen Haushalten deutlich höher ist. Nahezu alle entwickelten Länder haben eine Schule für alle Schülerinnen und Schüler bis oberhalb der Klassenstufe 6. Vorbilder können erfolgreiche PISA-Länder wie Finnland und Kanada sein aber auch Nachbarländer, die neue und offene Weg in der Bildungslandschaft gehen. Auch die frühkindliche Bildung gehört hier in den Fokus, um die Schere
530 bereits beim Schuleintritt zwischen Kindern aus unterschiedlichen sozialen Milieus so gering wie möglich zu halten.

Wir fordern:

- a. **Die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in KiTas, um mehr qualitativ gute pädagogische Arbeit zu ermöglichen sowie flächendeckende pädagogische Vorschulbildung in dem letzten
535 KiTa Jahr unter Einbeziehung von GS-Lehrkräften der Schulbezirksschulen (Umsetzung der gesetzlichen Regelung).**

- 540
- b. Bessere Verzahnung und Austausch von KiTa und Grundschule, um Kinder mit Förderbedarf bereits zur 1. Klasse gut zu begleiten und zu fördern sowie ein Anreizsystem zum besseren Erreichen von allen Kindern (insbesondere aus Migrations- und sozial benachteiligten Familien).**
 - c. Eine Zusammenlegung von KiTa und Schule im Kultusministerium und regelmäßige, transparente, wissenschaftliche Evaluation von bildungspolitischen Zielsetzungen.**
 - d. In der Perspektive ein gemeinsames Lernen mind. bis Klasse 6 und eine offene Diskussion der Beteiligten über Alternativen zu einem mehrgliedrigen Schulsystem.**

545

 - e. Stärkere Förderung, Kompensation und Unterstützung von Kindern mit geringem sozialen, ökonomischen und kulturellen Kapital¹ zum Übergang vom Primär- in den Sekundärbereich.**
 - f. Eine offene, wissenschaftlich begleitete Diskussion über die Notwendigkeit, Sinnhaftigkeit und Auswirkung von Noten insbesondere im Grundschulbereich**

550 ¹ Die Begriffe „soziale“, „ökonomische“ und „kulturelle Kapitale“ werden im Sinne von P. Bourdieu „Die feinen Unterschiede“ 29. Auflage 2023 verwendet.

4.2. Wege zu einem besseren Unterricht

555 Neben den Herausforderungen, aber auch Möglichkeiten der modernen medialen Welt sind insbesondere positive Erfahrungen aus freien Schulen, Projektschulen (siehe z.B. Ansätze wie in der Initiative Schule im Aufbruch (<https://schule-im-aufbruch.de/>)) und projektorientierten Lernformen, aber auch negative Erfahrungen mit psychosozialen Belastungen bei Schülerinnen und Schülern mit den aktuellen Lern- und Belastungsformen ein Anlass, kritisch zu hinterfragen, welche Lerninhalte, Lernformen und schulpolitischen Ziele unser Bildungssystem erfüllen bzw. beinhalten soll. Medienkompetenz (und das erste und wichtigste Medium ist die Sprache), das eigenständige, kritische Erarbeiten von Wissensinhalten (die heute beliebig verfügbar sind) und die Umsetzung der BNE-Ziele müssen Inhalt sein. Im Digitalen entstehen derzeit kaum oder keine kollaborativen Prozesse. Schule ist gekennzeichnet durch Wohlbefinden, Schulkultur und Selbstwirksamkeit, all dies ist nur eingeschränkt in der Virtualität erfahrbar und aufbaubar. Genau das brauchen aber Lernende wie Lehrende, um es in der Schule zu leben, zu vermitteln und aufzubauen.

Wir fordern:

- 565
- a. Einen breiten runden Tisch mit Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft, Schülerinnen und Schülern, Lehrenden, Eltern, Expertinnen und Experten etc. zur Überarbeitung der Lehrpläne.**
 - b. Die Integration der BNE-Ziele in die Lehrpläne [<https://sdg-indikatoren.de/4/>].**

570

 - c. Die Implementierung moderner, selbstständiger, multidisziplinärer und entdeckender Lernformen.**
 - d. Hinterfragen der Schulnoten für Kunst-, Sport-, Musikunterricht in Regelschulen ohne spezielle Vertiefung.**
 - e. Überarbeitung der Zielsetzung der Fächer Sport, Musik und Kunst mit dem Kernziel, Kinder für Bewegung, Musik und Kreativität zu begeistern. Zudem sollen Formen und Ansätze zur „bewegten Schule“ gestärkt und etabliert sowie Kreativität im Ganztag gefördert werden.²**
- 575

- 580 f. Eine Evaluation von bestehenden Modellschulprojekten und Entwicklung eines offenen Diskurses aller Beteiligten an Schule über eine Verschiebung der Bewertungsschwerpunkte hin zu fächerübergreifenden, ganzheitlichen, schülerzentrierten Unterricht mit Übertragung der in gelingenden Pilotprojekten und erfolgreichen Schulsystemen etablierten Verfahren in die sächsischen Regelschulen.
- g. Ein Curriculum für Medienkompetenz und Demokratieerziehung unter Einbindung vorbildlicher Modelle an Schulen und wissenschaftlicher Expertise.
- h. Eine Weiterbildungsinitiative in Bezug auf Medienkompetenzen sowie neue und offene Lern- und Lehrformen.

585 ²Das Konzept „bewegte Schule“ wird beispielhaft beschrieben in <https://deutsches-schulportal.de/konzepte/bewegte-schule-konzentration-durch-springen-rennen-kraefte-messen/>

4.3. So gelingt eine gerechte Schulorganisation

590 Unser Ziel muss es sein, dass Lehrerinnen und Lehrer sich auf die Arbeit konzentrieren können, die der Grund ist, warum sie diesen Beruf gewählt haben. Vermitteln von Wissen und Fähigkeiten, Unterstützung bei der Persönlichkeitsentwicklung, gute pädagogische Arbeit. In den vergangenen Jahren sind jedoch die Aufgaben von Lehrerinnen und Lehrern deutlich diverser und vielfältiger geworden. Hier braucht das System Schule eine Veränderung und Öffnung.

Wir fordern:

- 595 a. **Festgeschriebene Klassenleiterinnen- und Klassenleiterstunden, um Zeit zu haben zum Austausch zwischen Klasse und Klassenleiterin bzw. Klassenleiter.**
- b. **Multiprofessionelle Teams und die Öffnung von Schule für externe Kräfte; Sportunterricht kann von Trainerinnen und Trainern aus Vereinen, Musik von Musikpädagogen und Kunst von Künstlerinnen und Künstlern unterstützt und begleitet werden.**
- c. **Fachkräfte mit Verwaltungskompetenz zur Unterstützung in alle Schulen holen.**
- 600 d. **Eine für alle verfügbare Plattform (z. B. Lernsax), die alle schulrelevanten Anforderungen und Funktionen abdeckt.**
- e. **Die Schaffung von mehr personeller Unterstützung für Verwaltungsaufgaben und technische Organisation für die Schulleitung im Sinne einer technischen Schulassistentz.**